

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Zusendung 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto Nr. 23 485, Sozialistischer Verlag r. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring 22, 1921.

Mittwoch, den 10. August 1921

Verlagspreis: Die Schlesische Arbeiterzeitung über dem Raum 0,40 Mk. monatlich 0,60 Mk. Einzel- und Wochenbezüge, Familienabonnenten, Vereins- und Verbandsabonnenten 0,40 Mk. Preisliste: Die Arbeiterzeitung, 3. Jahrgang über dem Raum 0,40 Mk.

Gegen den Steuerraubzug.

Die Steuerpläne der Reichsregierung.

Nach langen Beratungen, nachdem man wochenlang in der Regierung über den Steuerabzug gekuhandelt hat, wagt sich die Regierung mit ihren Plänen ans Tageslicht. Wir haben schon oft betont, daß es sich hier um eine Ausplünderung des Proletariats handelt, daß aber die Regierung und die „berufenen“ Arbeitervertreter, die in ihr sitzen, bestrebt sind, diesen Raub so zu bemänteln, als ob er nicht nur die Arbeiterklasse, sondern „auch“ die Besitzenden treffen könnte. Aber trotz des Kuhhandels, trotz des Schachers um den Namen für den Raub, denn in der Sache waren sich alle Regierungsvertreter einig, tritt in den Steuerplänen des Reichsfinanzministeriums die Abwälzung der Hauptlasten auf die indirekten Steuern nebst einigen Phrasen von den direkten Steuern so offen zu Tage, daß man wirklich staunen kann, daß „Arbeitervertreter“ die Stirn haben, derartiges der Arbeiterschaft zu bieten.

Zur Veranschaulichung bringen wir die Steuerentwürfe im Auszug wieder. Zunächst die indirekten Steuern:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes, Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm.
2. Entwurf eines Süßstoffgesetzes.
3. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol, — Erhöhung der Fiktioneinnahme von 800 auf mindestens 4000 Mark unter gleichzeitiger völliger Umarbeitung und Vereinfachung des Gesetzes.
4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern:
 - a) Erhöhung der Leuchtstoffsteuer auf das Bierfache;
 - b) Verdoppelung der Pflanzsteuer und der Mineralwassersteuer;
 - c) Erhöhung der Biersteuer auf das Bierfache unter gleichzeitiger Erweiterung der Spannung zwischen dem höchsten — 50 Mark — und dem niedrigsten Steuerfusse — 41 Mark —;
 - d) Beseitigung der Ermäßigung der Tabaksteuerfusse — § 26 des Tabaksteuergesetzes —, unter gleichzeitiger Umgestaltung der obersten Steuerklasse für rein geschmittenen Rauchtabak, Pfeifentabak, Rau- und Schnupftabak.
5. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von Zöllen — Erhöhung der Zölle für Bananen, Datteln, Kaffee, Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade sowie für eine Reihe von Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind aber nur dem Luxus dienen.
6. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes: Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 vom Hundert des Wertes unter gleichzeitiger Ermäßigung des Reichsministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 vom Hundert zu ermäßigen.
7. Entwurf eines Kennwertgesetzes: Zulassung von Suchmachertwerten.
8. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes: wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Lastkraftwagen.
9. Entwurf eines Versicherungssteuergesetzes. Die gegenwärtig im Reichssteuergesetz vorgesehenen niedrigen Steuerfusse sollen erhöht und die Steuerbefreiung eingeschränkt werden. Der Steuerfuß soll für Feuerversicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 Pfennig, auf bewegliche Gegenstände 40 Pfennig für 1000 Mark betragen unter entsprechender Berücksichtigung für Hausratversicherungen, Lebensversicherungen 4 vom Hundert der Prämie.
10. Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung des Umsatzsteuergesetzes. Verdoppelung der Umsatzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Besteuerungsbeschränkungen bei der Einfuhr und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Ausfuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Möglichkeit der Vereinfachung der Luxussteuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgüter, mit Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungssatz der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert bleiben.

Dann folgen die Entwürfe, die von der „Bekämpfung“ der Besitzenden handeln. Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit, Kapitalverkehrssteuer und Körperschaftsteuer. Neugierlich mag's leidlich scheinen, aber sieht man sich die Entwürfe näher an, schält man aus den vielen Erläuterungen und Entschuldigungen den Kern heraus, so bleibt nichts als Bluff. Z. B. wird beim Kapitalverkehrssteuer-Gesetz unter anderem gesagt:

„Weiter ist die Möglichkeit der Besteuerung des Dividendenhandels geschaffen. Die letztere Maßnahme soll aber erst Platz greifen, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse angezeigt lassen.“

Dann wird besonders im Entwurf über die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit stark gemurmelt. Man habe riesenhafte Gewinne gemacht und die mühte man jetzt erlassen. Zwar sollen Vermögen bis zu 200000 Mark von der Abgabe befreit bleiben, aber an die anderen wolle man sich heranmachen. Und übrigens: „sieht man weiterhin noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden

erfaßt wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch der Grundsatz einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Berechtigung trägt.“

Das ist eine ungeheuerliche Verhöhnung, die der Arbeiterklasse dadurch ins Gesicht geschleudert wird. Die Besteuerung verlegt sich hauptsächlich auf die indirekten Steuern, und um den proletarischen Massen die ungeheure Belastung des Konsums schmachtlich zu machen, wird es mit solchen plumpen Täuschungsphrasen serviert. Aber selbst die Verfasser der Pläne sind sich wohl bewußt, daß der Schwindel auf der Hand liegt und daher behaupten sie zur Verhöhnung:

„Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als den der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.“

Mit den indirekten Steuern ist man schnell fertig, bei der Besteuerung der Besitzenden „prüft“ man noch, ob und inwieweit.

Aber konnte man etwas anderes erwarten? Es war ja von vornherein klar, daß die jetzige Regierung die ungeheuren Lasten, die die Entente durch das Ultimatum auf sie auferlegt hat, auf das Proletariat abwälzen wird. Die „Freiheit“ jammert in einem Artikel, daß die Bourgeoisie sich unter dem Schlachtruf „Keine Steuern“ einigt, und daß es endlich Zeit wird, daß auch die Kapitalisten etwas von unserem Jammer erleben. Sie sagt: „Heran an die Substanzen, energisches Anfaßen des wirklichen Vermögens, nicht Rotosper oder Goldwerte, sondern beides.“ Aber der Weg, der Wea dazu, um die wirkliche Erfassung der Vermögen durchzuführen? Darüber schweigt sich die „Freiheit“ aus. Oder meint sie etwa, daß der Weg durch die Regierung Weh geht? Aber mit dem Gejammer ist hier nicht zu helfen. Die Massen des Proletariats müssen zum Kampfe gegen die Steuern mobilisiert werden. Es handelt sich um Hunderte von Milliarden, die auf das Proletariat abgewälzt werden sollen und das würde eine unbeschreibliche Verleumdung der Arbeitermassen zur Folge haben.

Was gedenkt der ADGB, was gedenken die kommunistischen Parteien zu tun, um die Arbeiterschaft vor dieser tiefenhaltigen Gefahr zu schützen?

In dieser Frage muß das gesamte Proletariat zusammenschließen, denn die Steuerfrage ist hier zugleich eine Machfrage. Die Bourgeoisie wird, wenn man ernstlich an ihre Geldbörse heranzugehen sollte, gerührt bestehen, um das abzuwehren, um es auf die Schultern des Proletariats abzuschicken.

Die Einheitsfront des Proletariats gegen den Steuerabzug, das ist das Gebot der Stunde!

Der Landarbeiterstreik in Schleswig-Holstein.

Man Verschiebungsversuchen der Gewerkschaftsbürokratie zum Trotz, haben die Landarbeiter Schleswig-Holsteins den Kampf mit dem Junkertum und den Großgrundbesitzern aufgenommen. Wo die Hausleitungen des Deutschen Landarbeiterverbandes sich nicht fügten, haben die Landarbeiter selbständig gehandelt.

Kein in den Streik getreten ist bisher der Norddehsholmer Kreis sowie fünf weitere Güter. Die Landarbeiter der Umgegend von Landendorf beschlossen am Freitag morgen in den Streik zu treten. Auf zahllosen Gütern finden Rosenversammlungen statt, die sich mit dem Eintritt in den Streik beschäftigen. Aus Neumünster wird ferner berichtet, daß sich ungefähr 20 Güter der Bewegung angeschlossen haben. Die Landarbeiter in Nord- und Süderdithmarschen haben sich auch nicht länger von ihrer Gewerkschaftsführung hinhalten lassen. Sie haben den Arbeitgebern ebenso wie der Konferenz in Neumünster einen neuen Lohnstarif vorgelegt, und wenn der Landarbeiterverband daraufhin den Kampf nicht aufnimmt, sind sie entschlossen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Trotz aller Versuche der Gutsbesitzer, die Front der Streikenden dadurch zu zerbrechen, daß sie Streikbrecher und Staatsgewalt gegen sie aufbieten, steht der Kampf bisher für die Landarbeiter günstig. In einigen Kreisen verrichtet die Eins Streikbrecherarbeit, wie z. B. im Kreise Reddingen. Jedoch stehen allein in Norddehsholm etwa 1000 Kämpfenden nur 60 Streikbrecher gegenüber.

In Rot und Kampf hat sich eine einheitliche Front des Landproletariats gebildet. Es gilt nun, diese Front fest und geschlossen zusammenzuhalten. Einzig und allein steht in der Frontzeit haben die Landarbeiter die Macht, den Junkern ihren Willen aufzuzwingen.

Der zehnprozentige Abzug vom Arbeitslohn.

Die Lohnsteuer hat ihre Geschichte. Als das Gesetz des zehnprozentigen Abzuges vom Lohn im Sommer 1920 zum ersten Male zur Durchführung gelangen sollte, lehnten sich die Arbeitermassen in ganz Deutschland spontan gegen diesen brutalen Eingriff der Ebert-Republik in ihr Arbeitseinkommen auf. In Leberufen, Merseburg, Holf, Frankfurt, Stuttgart, überall stammten Streiks auf. Unter den Landarbeitern war die Erregung so stark, daß der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft an das Reichsfinanzministerium die dringende Bitte richtete, den zehnprozentigen Lohnabzug bis zur Beendigung der Nachfruchtperiode und der Herbstbestellung außer Kraft zu setzen, da andernfalls Arbeitseinstellungen in großem Umfange drohten, die Ernte und Herbstbestellung gefährdet hätten. (Deutsche Tageszeitung Nr. 306 vom 19. 6. 20.)

Die Kommunisten waren es, die mit all ihrer Kraft versuchten, diese vereinzelten Streiks in ein einheitliches Bett zu leiten, um durch die Wucht eines geschlossenen Angriffs diesen Vorstoß der Bourgeoisie zur Abwälzung der Steuerlasten auf das Proletariat erfolgreich abzuwehren. Die Gewerkschaftsbürokratie wußte es — getreu ihrer Rolle als Schlichter der Bourgeoisie — zu verhindern, daß diese Einkämpfe sich zu Massenkämpfen auswachsen, die unter den heutigen Verhältnissen nur allein einen Erfolg verbürgen. Das Gesetz gelangte zur Durchführung. Wie es sich auswirkte, kann man aus der Veröffentlichung der Steuerertragnisse im Jahre 1920 erkennen. Von den vereinnahmten 46 Milliarden fielen auf die Einkommensteuer — die fast nur aus dem Lohnabzug stammte — über 9 Milliarden, d. h. 20 Prozent der gesamten Einnahme des Reiches wurden durch einen direkten Eingriff in das Einkommen der Arbeiterklasse angebracht! Die fehlenden 3 Milliarden Mark — die Einkommensteuer war insgesamt auf 12 Milliarden veranschlagt — gehen ganz auf Rechnung der Bourgeoisie, die sich infolge der „schwierigen“ Veranlagung (?) bisher glatt der Einkommensteuer entzogen hat!

Diese Summen reichen aber für den neuen Haushalt bei weitem nicht aus, sie müssen verdreifacht werden. Die Wirth-Regerung will dabei aber alle Gegenbewegungen der Arbeiterschaft von vornherein unterbinden, deshalb erließ sie nicht die Lohnsteuer, was heute noch viel vorzuziehen wäre, sondern als vor einem Jahre. Sie will die neuen Milliardenlasten durch eine unerträgliche Steigerung der Abgaben auf Massenartikel und durch eine „bessere“ Veranlagung der Einkommensteuer aufbringen. Allein aus diesem Grunde und nicht aus Menschlichkeit für die Arbeiterschaft, die der Regierung der Diktatur und des Arbeitermordes wirklich sehr dankbar ist, sind die „Abgabe“ zum Einkommensteuergesetz vom 24. März dieses Jahres“ und der „Gesetzentwurf über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn“ vom 11. Juli auch von den bürgerlichen Parteien angenommen worden. Die durch diese Gesetze getroffenen Maßnahmen bestehen vor allem in einer leichteren und daher weniger schmerzhaften Veranlagung für den Staat. Während es bisher so war, daß der zehnprozentige Abzug nur vorläufig galt und am Ende des Steuerjahres eine nochmalige Veranlagung der Lohn- und Gehaltsempfänger stattfand, fällt diese Veranlagung jetzt bei den Einkommen von nicht mehr als 24000 Mark weg. Der Arbeitgeber hat vom Arbeitslohn einen Betrag von 10 v. H. einzubehalten. Dieser Abzug stellt die endgültige Einkommensteuer dar.

Als Arbeitslohn gilt der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in öffentlichem oder privatem Dienste beschäftigt oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung, gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form beziehen. Als Arbeitslohn gelten auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen. Bezüge aus der reichsgesetzlichen Unfall-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.“

Dienstaufwandkontingentabgaben, die besonders höheren Angestellten gewährt werden, unterliegen nicht dem Lohnabzug, sie sollen (?) vom Unternehmer angegeben werden, um Steuerhinterziehungen unmöglich zu machen. (?) Der Betrag von 10 v. H. ermäßigt sich:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählenden Ehefrau
- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um je 0,10 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um je 0,40 Mark täglich.
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 2,40 Mark wöchentlich.
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 10 Mark monatlich.

1177

2. für jedes zur Zeit der Zahlung des Steuerpflichtigen zahlende unterhaltene Kind.

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 0,15 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.

b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 0,60 Mark täglich.

c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 3,60 Mark wöchentlich.

d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 15 Mark monatlich.

3. Zur Abgeltung von Werbungskosten (Fahrgebl., Arbeitskleidung usw.):

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 0,15 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.

b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 0,60 Mark täglich.

c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 3,60 Mark wöchentlich.

d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 15 Mark monatlich.

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zuzurechnenden Abzüge im Sinne des § 13 den Betrag von 1800 Mark nicht übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Verdient zum Beispiel ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern wöchentlich 240 Mark, so sind 10 Prozent davon 24 Mark. Dieser Betrag ermäßigt sich

- 1. um 4,80 Mark,
2. um 7,20 Mark,
3. um 9,60 Mark,
so daß als Steuerleistung verbleibt 8,40 Mark.

Sind einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 24000 Mark nicht übersteigt, infolge teilweiser Erwerbslosigkeit die zulässigen Ermäßigungen nicht voll in Rechnung gebracht worden, so sind diese Beträge auf Antrag in der zu erwartenden Steuererklärung die Werbungskosten des Jahres von 2700 Mark, so hat der Steuerpflichtige am Ende des Steuerjahres das Recht, Veranlagung zu beantragen. In Fällen, in denen die jetzt angelegten Abzüge nicht schon beim Steuerabzug in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 berücksichtigt sind, erhöhen sich zum Ausgleich die unter den Werbungskosten erwähnten Abzüge für

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 0,40 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.

b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen auf 1,40 Mark täglich.

c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen auf 8,40 Mark wöchentlich.

d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten auf 35 Mark monatlich.

Trotzdem bleibt der Lohnabzug ein unerhörtes, rückwärtsgerichtetes „Sozialer und demokratischer“ Oberbegriff in die Einkommensverhältnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger, die heute nach den amtlichen Berechnungen schon lange nicht mehr für das Existenzminimum ausreichen. Unter der Regierung Wilhelm II. blieben die Einkommen bis 900 M. völlig steuerfrei. Unter dem glanzreichen Regime des Sozialdemokraten Ebert werden auch Einkommen zur Besteuerung herangezogen, die auf Grund der Geldentwertung, auf die sich ja fast immer alle Volkswirtschaften zu berufen pflegen, steuerfrei bleiben müssen.

Die Kommunisten haben deshalb diesem Steuergesetz genau so feindselig gegenüber, wie zuvor. Sie werden sich weidlich mit allen Mitteln bemühen, es so schnell als möglich zu Fall zu bringen. Wenn sie an Verbesserungen innerhalb des Gesetzes mitgearbeitet haben, so aus dem Grunde, weil sie es für ihre Pflicht halten, Erleichterungen für die Arbeiter herauszubekommen, wo sie nur können und sie nicht der Meinung jener russischen revolutionären Arbeiter sind, — als ihm die Revolution zu langsam voranging — in die Politik einzutreten, die Arbeiter mit verbrühten halb und glaubte, damit die Revolution schneller vorwärts zu treiben. Während die Sozialdemokraten auf Grund dieser geringfügigen Verbesserungen dem Finanzminister Dr. Wirth freie Hand für die indirekten Steuern gegeben haben, werden die Kommunisten immer daran festhalten, daß sie alle Steuern für den kapitalistischen Staat aus dem Arbeitslohn — direkt oder indirekt — abzuleiten, daß die Bestehenden für den Staat wie für den verlorenen Krieg allein die Lasten zu tragen haben.

Belästigende Ueberblick.

Breißcheid als Reifender für die Firma Wirth-Kathmann.

Steinbrück ist wieder einmal unterwegs, um für die Regierung Wirth-Kathmann zu machen. Augenblicklich hält er sich zugleich mit Gröben in Paris auf.

Sowohl Breißcheid wie der Vorgänger der nachfolgenden Sozialdemokratischen Partei sind in Paris nicht anders als die Gesandten und Beamten der Regierung Wirth-Kathmann. Sie sind hierher beordert, um den wirtschaftlichen Nutzen des deutschen Kapitals in der Reparationsfrage bei den französischen Arbeitern zu betonen.

In dem Artikel von Breißcheid im „Populaire“, dem Blatt der französischen Kommunisten, vertritt er, nimmt dieser Arbeitervertreter offen für die kapitalistische Regierung Wirth-Kathmann. Er macht zwar der allgemeinen Compromittierung der Arbeiter über die Steuerpolitik Wirths noch eine Ausnahme, indem er erklärt, daß er die innere und Finanzpolitik des Kabinetts nicht ablehnt, aber er erklärt offen und mit Entschiedenheit, daß die sozialistische deutsche Regierung in der Reparationsfrage und allgemein in der Arbeitspolitik derselben Auffassung ist wie seine Partei, nämlich die Wirths zu erfüllen, die der Friedensvertrag zwischen Deutschland auferlegt habe. Daß die Erfüllung des Friedensvertrages von Breißcheid sich auf kapitalistischer Grundlage vollzieht und so lange diese besteht, wie möglich ist durch die sozialistische Propaganda der deutschen Sozialisten und eines Vertrages am internationalen, sich Herrn Breißcheid wenig an. Er geht darüber

mit einer Model über die innere und Steuerpolitik Wirths hinweg.

Nichts fürchtet Breißcheid mehr als den Sturz der Regierung Wirth. Er verlangt deshalb von Frankreich die Verhängung der Vollstreckung in Frankreich. Der Sturz der Regierung Wirth sei eine Ermächtigung der Reaktionsäre. Wenn das Industriegebiet Polen geteilt werde, würde die letzte Regierung entweder sofort durch ein rechtsprechendes Kabinett ersetzt werden oder es würden neue Reichstagswahlen stattfinden mit der Partei „Oberösterreich“, die für die Nationalisten günstig ausfallen würden.

Die Angst Breißcheids vor Neuwahlen und einer „reaktionären“ Regierung ist offensichtlich charakteristisch. Diese Angst enthüllt den Scheinrevolutionären Charakter der U.S.P.D. deren Führer geben damit ihre Furcht offen zu, daß sie es nicht wagen würden, einem Erfolg der Reaktionspartei bei Neuwahlen und einer reaktionären Regierung die der deutschen Bourgeoisie sichtlich überlegene gesammelte Kraft der organisierten deutschen Arbeiter in Nationalaktionen gegenüberzustellen.

Wenn Breißcheid am Schluß seines Artikels gar meint, daß durch die „Lösung“ der oberösterreichischen Frage im Sinne der deutschen Bourgeoisie ein wichtiger Schritt zur Pazifizierung Europas getan werden könne, so ist das eine offensichtlich falsche und ein Täuschungsversuch an der deutschen Arbeiterschaft. Die Profitinteressen der europäischen Bourgeoisie lassen eine Befriedigung nicht zu. Und, wie wir schon oft betonten, eine Forderung des oberösterreichischen Industriegebietes an Deutschland vermag so wenig die Spannungen und die kriegerischen Gefahren zu beseitigen, wie die Auslieferung an Polen.

Nur ein proletarisches Europa kann wirklich Frieden schaffen und den allgemeinen Wiederaufbau bewerkstelligen.

S.P.D. und U.S.P.D.

Die Bezirkskonferenz der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes faßte eine Entschließung an den Vorstand der Gesamtpartei, die Einigung zwischen S.P.D. und U.S.P.D. schleunigst herbeizuführen.

Die S.P.D.-Mitglieder können eben nicht mehr einsehen, warum die U.S.P.D., deren praktische Politik sich der Politik der S.P.D. immer mehr und mehr genähert hat, nicht mit ihnen eine einheitliche Partei bilden sollen. Auf dem Göttinger Parteitag der S.P.D. werden nicht nur Verhandlungen geführt werden über eine Koalition mit den Sozialisten, den Deutschen Nationalen, sondern auch über eine Vereinigung mit der U.S.P.D.

Der englische Standpunkt in der oberösterreichischen Frage.

Der englische Standpunkt in der oberösterreichischen Frage geht klar hervor aus einem Bericht des diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Chronicle“, eines Blattes, das Lloyd George nahe liegt. Es heißt dar:

Vor der Abreise Lloyd Georges und der Mitglieder der englischen Delegation nach Paris wird heute eine Sitzung des Kabinetts stattfinden. Die Fragen der gesamten Welt sind auf diese Zusammenkunft des Obersten Rates gerichtet, denn man übertrifft nicht, wenn man erklärt, daß die Zukunft des Friedens in Europa in großer Nähe von dem am Montag in Paris beginnenden Verhandlungen abhängt. Das Schicksal Oberösterreichs ist die beherrschende Frage. Wenn in der oberösterreichischen Frage keine gerechte Lösung erzielt wird, so kann Oberösterreich ein neues Gift in Europa bringen und die Saat des künftigen Krieges werden.

Unter dieser Erwägung steht eine andere Frage, die nicht viel weniger wichtig für den Frieden ist, nämlich die Frage, ob die britische Entente mit Frankreich so verbunden soll.

In der französischen Presse und in öffentlichen Kundgebungen ist in letzter Zeit hier zum Ausdruck gekommen, daß in Frankreich eine partei befehle, die für einen Bruch der Entente ist, damit Frankreich freie Hand gegenüber Deutschland erhalte.

Der Vertreter des englischen Blattes erklärt, Lloyd George geht auf den Obersten Rat mit der Unterstützung der Demokratie des Landes zugunsten der gerechten Lösung der Frage in Oberösterreich und zugunsten der Aufrechterhaltung der Entente im Interesse des Weltfriedens. Nach Ansicht der Engländer dringt die englische Regierung als Freundin Frankreichs, dessen Interesse ebenfalls mit dem Weltfrieden und dem Wiederentstehen Europas zusammenhängt, auf eine einseitige Regelung in Oberösterreich, die weder auf der deutschen noch auf der russischen Seite Erleichterung bringt. Die vor diplomatische Vertreter des Landes weiter berichtet, geht der Streit um das Industriegebiet, das eine deutsche Mehrheit aufweist, jedoch von den Polen umringt ist.

Die von uns zitierten Stellen helegen, daß Lloyd George das einseitige und einseitige Verfahren zwischen Frankreich und Deutschland vor, daß die Vereinigten Staaten an der Entscheidung über Oberösterreich mitwirken wollen. Welche Stellung Amerika einnehmen wird, ist nicht klar ersichtlich.

Unzweifellos werden sich die Franzosen auf das Entschiedenste gegen die Überwindung des oberösterreichischen Industriegebietes an Deutschland wehren. Er wird sich wehren, wenn er nicht wenigstens ein Kompromiß durchsetzt, das einigermaßen den Interessen der französischen Kapitalisten entspricht. Es ist nicht möglich, heute voranzuschreiten, mit welchem Resultat die Pariser Konferenz erden wird. Neben der oberösterreichischen Problematik stehen noch eine ganze Reihe von außerordentlich schwierigen Problemen zur Debatte. So der alte Dingen die Orientfrage und die russische Hilfsaktion. Das oberösterreichische Problem ist für die einander gegenüberüberstehenden Verantwortlichen nicht von kleinem Interesse. Es bleibt so die Möglichkeit für weitgehende Enttäuschungen.

Die aber auch der Lösung der Sitzung des Obersten Rates sein mag, nicht alle der anderen oberösterreichischen Frage interessierten imperialistischen Mächte — wahrheitsgemäß keine — wird betrieblig sein. Oberösterreich wird, solange das kapitalistische System nicht geändert wird, nicht als Problem oder Polen das Industriegebiet erhält, ein neues Gift, ein neuer Anlaß zu Kämpfen, Spannungen, ja Kriegen sein.

Die Rache der Kapitalisten.

Aus dem „demokratischen“ Thüringer. Bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen wurde von den bürgerlichen Parteien der Rache und Rache wiederholt betont, der Minister v. Brandenstein müsse zurücktreten, wenn nicht ein Minister für die Regierung zurücktritt, wenn Brandenstein Minister bliebe. Der Minister Brandenstein hat sich die Composition der Regierung durch sein unbedingtes Ansehen gegen die Sozialisten verweigert, denn wird der republikanische Arbeiter als Minister zurücktritt doppelt doppelt. Deswegen muß Brandenstein gehen!

Nach Müller-Brandenburg der Minister Brandenstein. In diesem Tage der Rache offenbart sich alsbald das Verlangen, ihr mühsames Verlangen zu erfüllen, und qualvoller Rache für ihre Stelle zu setzen. Die republikanischen Arbeiter haben ihre Pflicht getan, sie haben Deutschland vor der „Rote Flut“ gerettet, der

Ausfall, den ihnen die Groß-Bourgeoisie jetzt schon im Geheiß und vielleicht auch als bald selbst gibt, ist der Dant dafür.

„Hilfe für Rußland“!

Ein Aufruf des A.D.W. — Was er über Rußland zu sagen hat.

Als die A.D.W. zur Bildung einer internationalen Hilfsfront für Sowjetrußland aufrief, als die Arbeiter aller Parteien sich eins füllten mit dem schwer leidenden und kämpfenden russischen Proletariat, da weigerte sich der A.D.W., der Einladung zu einer gemeinsamen proletarischen Hilfsaktion Folge zu leisten. Aber er will doch „helfen“, und so wendet er sich in einem Aufruf „Hilfe für Rußland!“ an die Arbeiterschaft. Er beschreitet dabei denselben Weg wie die Kautsky-Bernstein, benutzt die Gelegenheit, gegen die „Sünden der Gewalttäter“ zu heken und aus der Hilfe einen gemeinen Angriff gegen den Rätestaat zu machen. Er schreibt:

„Es fehlt uns aber nicht an Mitleid mit den leidenden russischen Arbeitern und wir weisen auch den Gedanken weit von uns, etwa diese Unselbstigen verantwortlich zu machen und sie blühen zu lassen für die Sünden der jetzigen Gewalttäter in Sowjetrußland, die ihre reichen Geldmittel und ihre Sendboten fortwährend nach Deutschland schicken zu dem Zweck, unsere Gewerkschaften zu zerstören.“

Ueber diese Haltung einer Proletarierorganisation, die dem proletarischen Rätestaat in solch folgenschwerer Lage in den Rücken fällt, und die Phrasen der Konterrevolutionäre nachbetet, mag die Arbeiterschaft ihr Urteil fällen.

Miesbach-Justiz.

München, 5. August.

Vor dem Volksgericht hatte sich der Redakteur des „Miesbacher Anzeigers“, Ed. wegen Aufforderung zum Mord zu verantworten, weil er am 5. Juli geschrieben hatte, daß es ein gutes Werk wäre, wenn man den nächstbesten Münchener Mischhändler, der hinausfähre, um den Mischpreis durch Heberangebot in die Höhe zu treiben, von seinem Auto herunterstöße. Der Angeklagte wurde freigesprochen mit der Begründung, daß er seine Drohung nicht ernst gemeint habe, und daß auch keine bestimmte Person sich bedroht fühlen konnte. — Wehe dem Arbeiter, der solche Drohungen ausstoßen würde.

Zur Ermordung von Ministern der Reichsregierung. Arbeiterführern und pazifistischen Politikern darf der „Miesbacher Anzeiger“ wiederholt auffordern, ohne daß das „Volksgericht“ einen Grund zum Einschreiten findet. Ein Mischhändler scheint in Bayern noch einigen Rechtsschutz zu genießen.

Sondergericht Halle.

Da auf Grube „Otto“ der Obersteiger Raumann sich weigerte, mit der Streikleitung zu verhandeln, legte sich der Vorsitzende der Betriebsorganisation in Neumark, der 25jährige Arbeiter Fritz R u d., ins Mittel, um die Anerkennung des Ausschusses zu erzwingen. Die Sicherheitskommission verurteilte Rud zu vier Jahren Gefängnis.

Die Arbeiter Franz Kupnik und Paul Renkert aus Weiskirchen schickten sich in den Osttagen dem Aktionärsausflug zur Verfügung und unternahmen in dessen Auftrag verschiedene Fahrten. Kupnik wurde dafür zu sechs Monaten Gefängnis, Renkert (weil er ein Gewehr gehabt hatte) zu einem Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Staatsanwalt Helle setzt sich an den Verteidigertisch des Ausnahmegerichts.

Der eifrige Staatsanwalt bei der halleischen Ausnahmejustiz, Dr. H. Helle, der ohne Wimperzuden nicht nur lebenslange Zuchthausstrafen gegen Kambin, Rindler und andere, sondern auch 8 Jahre Zuchthaus gegen Frau Langheinrich, Mutter von zwei Kindern, beantragte, ist mittlerweile Rechtsanwalt geworden. Er wagte es wirklich, sich am Mittwoch als „Verteidiger“ eines Arbeiters zu zeigen. Das Opfer war der 18jährige Arbeiter Paul Bohl aus Krensdorf, der sich den betriebsfremden Arbeitern angeschlossen hatte und mit nach Gangerhausen gefahren war. Der famose Rechtsanwalt Helle wies darauf hin, daß sich Bohl nach seinem glaubhaften Geständnis des Verbrechens bzw. Vergehens gegen den Paragraphen schuldig gemacht habe und daß Zwang nicht in Frage komme. Diefelben Worte, die der Staatsanwalt Helle stets vorrätig hatte! Der Erfolg war der, daß Bohl für seine verhältnismäßig sehr geringe Beteiligung weit höher als üblich, zu einem Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, verurteilt wurde.

Der 18jährige Arbeiter Ernst Thürmer, der 32jährige Zimmermann Karl Behmer und der 19jährige Arbeiter Fritz Benzle aus Obertröbigen begaben sich am Ostermontag mit einem Hausen bewaffneter Arbeiter über Helfte nach Helfterode. Am anderen Morgen kehrten sie zurück, ohne selbst eine Waffe in die Hand bekommen zu haben. Das Gericht verurteilte Thürmer zu sieben Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, Behmer und Benzle zu je sechs Monaten Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf des norddeutschen Landproletariats.

Selbst nach den Meldungen der bürgerlichen Blätter breitet sich der Landarbeiterstreik im westlichen Medienburg immer mehr aus. Sichtlich versuchen die Junker die städtischen Arbeitlosen als Streikbrecher gegen die Landarbeiter zu verwenden. In anderen Orten ist die technische Rathilfe eingeseht. Jedoch vermögen sie nach den bisherigen Nachrichten nicht, den Kampf des Landarbeiters zu brechen. Der Arbeitgeberverband und die Leitung des Deutschen Landarbeiterverbandes haben auf den Tarifentwurf, der ihnen von der Landarbeiterkonferenz in Kenninghausen vorgelegt worden ist, nicht geantwortet. Die Streikleitung der kämpfenden Landarbeiter Schlegel-Holthausen erläßt deshalb einen Aufruf, in dem es heißt: „Kollegen, die Leitung des Verbandes hat uns im Frühjahr im Stich gelassen, als es nötig und Saatzeit zu gehen galt, um einen Druck auf die Junker auszuüben. Sie läßt uns jetzt wieder die Zeit der Ernte verstreichen. Nach der Ernte werden sich die Herren ins Häuschen locken, wir aber können uns den Land nicht leisten.“

Kollegen, die Leitung findet zwar an, daß sie jetzt neue Verhandlungen führen will. Wer glaubt noch an einen Erfolg derselben? Was wird die Verhandlungen in die Länge ziehen, inzwischen wird die Ernte etwagebracht und wir werden die Dummten sein! Das darf nicht sein! Wir Landarbeiter müssen uns jetzt selbst helfen. In dem Zweck waren am 31. Juli Delegierte aus allen Teilen Schleswig-Holsteins in Kenning-

zusammen gekommen. Ohne Unterschied der Partei waren alle der Meinung, daß es jetzt nur eins noch gibt, Fordern und Handeln!

Legt sofort die Arbeit nieder!

Nur wenn die Arbeiterschaft fest und geschlossen zusammensteht, vermag sie den Trotz der Zunter zu brechen. So sind auf der Insel Mügen die Kämpfe der Landarbeiter erfolgreich beendet worden. Das muß ein Beispiel sein für das gesamte deutsche Landproletariat, den ihnen aufgezwungenen Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an den Landarbeitern.

Wie die „Medlenburger Nachrichten“ melden, ist es im Landarbeiterkampf in Westfalen zu einer Einigung gekommen. Am gestrigen Tage fanden zwischen dem Landbund und dem Landarbeiterverband nachmalige Verhandlungen statt, in denen sich die beiden Parteien über die strittigen Punkte einigten. Die Vertreter des Landarbeiterverbandes erklärten, daß sie alles daran setzen wollten, daß die wilden Streiks, die bereits ausgebrochen waren und die den es teilweise zu schweren Ausschreitungen der Streikenden gekommen war, abgebrochen würden.

Ausperrung der Bauarbeiter für ganz Pommern.

Nach einer Meldung der pommerschen „Lagepost“ haben die Unternehmer die Aussperrung auf ganz Pommern ausgedehnt. Das ist die Antwort der Unternehmer auf den Beschluß, welchen die Bauarbeiter-Streik in der letzten Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 30. Juli, faßten und welcher sich gegen wenige Stimmen für Fortführung des Streikes aussprach. Die Absichten der Verbändebürokratie auf volle Weisung des Komitees sind gescheitert. Der Kampf ist in voller Schärfe entbrannt. Die Unternehmer gehen auf Ganze. Sie stellen die geschlossene Kampffront gegen die Arbeiterschaft her.

Die Eisenbahnerorganisationen für gemeinsame Aktion.

Ebenso wie der Deutsche Eisenbahner-Verband haben auch die anderen Großorganisationen der Eisenbahner beschlossen, eine der gegenwärtigen Forderung entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter zu fordern. Sie haben nunmehr beschlossen, ihre Aktion gemeinsam durchzuführen und wollen in einigen Tagen der Regierung die Forderungen, auf die sie sich geeinigt haben, unterbreiten. Am nächsten Dienstag wird in Berlin eine Sitzung von Delegierten aller Eisenbahner-Großorganisationen stattfinden, auf der man sich über einige noch schwebende Fragen einigen will. Genau wie die Bewegung Ende vorigen Jahres, so sind auch diesmal die Organisationen zu ihrem Vorhaben ausschließlich gedrängt worden durch den Willen der Eisenbahner, die in so unzweideutiger Form den Gewerkschaftsführern den Willen zum Kampf gezeigt hat. Sollen die in Aussicht stehenden Verhandlungen nicht im Sande verlaufen, und lediglich ein Verschleppungsmanöver bedeuten, so muß die gesamte Eisenbahnerchaft nunmehr, nachdem der erste Schritt erfolgt ist, den Führern ihrer Organisationen unzweideutig ihren Kampfwillen kundgeben. Nur, indem die Eisenbahnerchaft der Regierung beweist, daß sie unbeeuglich und kampfbereit auf ihren Forderungen beharrt, wird sie die begonnene Bewegung siegreich zum Ende führen können.

Hamburger Eisenbahner für sofortige Entschcheidung.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Die Ortsgruppe Hamburg des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in einer Entschiedenheit den Hauptvorstand beauftragt, beim Reichsberufshof ein Ministerium wegen einer Lohnerhöhung vorstellig zu werden, die der kommenden Forderung hinreichend Rechnung trage. Gleichzeitig wurde dem Hauptvorstand erklärt, daß er sich nicht in langwierige Verhandlungen mit dem Ministerium einlassen dürfe, sondern ein kurzfristiges Ultimatum stellen und im Ablehnungsfalle mit dem Streik drohen solle.

Massenaussperrungen in Braunschweig.

(N.N.) Braunschweig, 6. August. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, erfolgt am Montag in sämtlichen Betrieben der Braunschweiger Metallindustrie die Gesamtaussperrung, nachdem die Arbeiterschaft der einzelnen im Streik befindlichen Betriebe die auf Veranlassung des Staatsministeriums von den Organisationsvertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam gemachten Vorschläge für eine Einigung abgelehnt hat.

Massenentlassungen im Saargebiet.

Nachdem die Mannmannwerke in Boux und Saarbrücken in der letzten Zeit größere Arbeiterentlassungen vorgenommen haben, ist auch die Wöllinger Hütte dazu übergegangen, annähernd 1000 Arbeiter die Kündigung zuzustellen. Das Werk, das bis jetzt ungefähr 6000 Arbeiter beschäftigte, beabsichtigt die Arbeiterzahl bis auf 1800 oder 2000 herabzusetzen. Auch andere Werke drohen mit Massenentlassungen. Dieser neu beabsichtigten Produktionsfabrikation wird die Arbeiterschaft den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Sie wird ankämpfen gegen die Herabdrückung der proletarischen Lebenshaltung, die die Unternehmer letzten Endes mit ihren Maßnahmen bezwecken.

Arbeitsfriede.

Copyright by Der Malik-Verlag, Leipzig.
Von Franz Jung.

Es war schon so weit, daß der Trupp auf dem Hof stand und aufrücken wollte, es fehlten noch ein paar Mann, da rief einer davon noch von drinnen im Saal. Ueber den waren jetzt die Wächter hergefallen und bearbeiteten ihn, daß er über und über blutete. Nun ging alles nochmals rein. Die Pfortner, die sich widersehen wollten, wurden niedergedrückt und die Kämpfenden hatten nicht genügend Zeit auseinanderzusetzen, da fielen schon die ersten Hiebe. Mit Schreien und Eisenklängen, die sie von den Pfortnern rissen, hieben sie aufeinander los. Bis die Pfortner erschienen. Aber die zwei Maschinen machten halb, daß sie davonliefen, nachdem dem einen, der das Maul aufhauen wollte, der Helm über die Nase weg eingetrieben worden war. Der Särm schaute sich über das ganze Straßenszenario. Ein dicker Ansel Menschen hatte sich vor dem Eingang zum Hof. Die Bettler, die Verkrüppelten, die Lagediebe und Strauchritter, die Blinden, Lehmen und Krüppel, alle standen sie noch da, sicher und doch zu schwach an Mut, sich mitten hinein zu wagen zwischen die Kämpfenden. Aber das Leben auf der Straße ging seinen gewöhnlichen Gang. Das kam schließlich mehr oder weniger alle Tage vor, die Leute, die ihrem Geschäft nachgingen, hasteten daran vorbei.

Bis schließlich eine Hundsbirch Militärs erschien und den Straßenzug aufstellte. Und im Laufschritt kam eine Abteilung auf das Hof zu und drang ein. Eine andere machte ein Raschengehörte Geräusch, an der nächsten Straßenecke. Da wurde es drinnen ruhig. Es dauerte eine ganze Weile. In den Hof voranzutreten, da waren sie jetzt die Leute zu sammeln. Dann kam ein Trupp Militärs herauf, die in ihrer Mitte etwa zehn Arbeiter gefangen abführten. Sie marschieren nach dem nächsten Polizeibüro. Dann wälzte sich in nur geringem Abstand die Masse der übrigen hinterher. Den Kern bildeten die Kollegen aus der Kolonne. Sie schoben die andern vor sich her und drängten sie beiseite. Geh, Alter, sagte einer zu einem Blinden, dessen Schild über die Brust hin und her schaltete und der wohl die Richtung verloren hatte, mach, sonst verfahren wir da nach vorn — und er wußte ihn auf die Seite ziehen. Der Blinde aber blieb hartnäckig stehen und wollte nicht weichen. Nehmt mich nur mit, flammelte er, ich will denen schon erzählen, wie sie's treiben da drinnen. Und sie fahrten ihn rechts und links unterm Arm, er wackelte mit. Und hinter ihm her kam all das Volk, das in Glend war, und obwohl sie eher still waren und leiser laut rief oder lachte, war doch ein Brausen in der Straße von dem dumpfen Gemurmel, das die Leute oben an die Fenster ließen. Es lag so eine ganz andere Stimmung in der Luft.

Die Festgenommenen wurden in das Revier geführt. Das Tor wurde geschlossen. Es war ein ziemlich breites und hohes Tor, eine Lücke, wie man sie bei Gefängnissen häufig findet. An der einen Seite war das Maschinengewehr wieder in Stellung gebracht. Auf der Straße selbst, auf dem Steig vor dem Haus blieb ein Doppelposten. Die Fenster des zur ebenen Erde gelegenen Büros wurden geöffnet und Soldaten schauten heraus. Mit drohenden Mienen und bereit, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Es sollte ein Protokoll aufgenommen werden. Wächter waren auch mit drinnen. Kammen auch noch neue nachträglich hinzu. Von den andern drinnen wurde niemand mehr eingelassen. Nun laßt nur, sagten die andern, vorläufig wollen wir doch erst mal abwarten, was es drinnen gibt.

Der Zentralausschuß der U.S.P. zum Mostauer Kongreß.

Diskussion über den Bericht der Zentrale.

Heinrich: Auf der Grundlage des Referates von Trotski läßt sich für die kommunistische Partei keine richtige Taktik finden. Nach Trotski kann man theoretisch den Zerfall des Kapitalismus nicht beweisen. Er sagt, daß ein Zusammenbruch des Kapitalismus aus der Unterproduktion in Europa und der Überproduktion in Amerika nicht notwendig ist. Da bleibt die Frage: woran wird der Kapitalismus zusammenbrechen? Trotski sagt, daß sich das Bewußtsein der Unterdrückung nicht verschlechtert habe. Das heißt, daß Trotski den Marxismus auf den Kopf stellt. Diese theoretische Einstellung bestimmt die Taktik Trotski. Daher braucht er wieder ein großes Ereignis, wo dem Proletariat alles wieder sehr deutlich wird. Und so rechnet er auf den Zusammenstoß zwischen England und Amerika. (Hebezeit ist abgelaufen.)

Felix Schmidt: Ich möchte die Aufmerksamkeit mehr auf die Gewerkschaftsfrage, die stark vernachlässigt wird, lenken. Sie wird nicht durch die Presse vernachlässigt, sondern es machen sich Bestrebungen bemerkbar, den kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen eine eigene Linie zu geben. Diese Bestrebungen laufen darauf hinaus, die Fraktion als gleichberechtigt neben der Partei bestehen zu lassen. Von der Gewerkschaftszentrale werden solche Tendenzen nicht gefördert, aber es kommt nicht darauf an, was die einzelnen Genossen sich für Gedanken darüber machen. Es wird auf dem nächsten Parteitag zu den Gewerkschaften Stellung genommen werden müssen. Wie stellt sich die Partei zu dem Internationalen Bund der Industriearbeiter? Dieser Bund darf natürlich kein selbstherrliches Institut sein. In Stettin hat er z. B. eine Stelle eingerichtet, die mit der Partei absolut nichts zu tun hat. In vielen Mitgliederversammlungen verlangen die Genossen, daß die Gewerkschaftsvorstände nicht den Ortsvorständen der Partei untergeordnet werden, sondern, daß sie mitzureden haben. Es entsteht dadurch eine Zweiteilung, die für uns von großem Schaden sein kann. Auch hierüber wird der Parteitag zu sprechen haben. Die sogenannte U.S.P.-Stimmung in den Gewerkschaften ist nicht von Wappe, sie ist vorhanden, und zwar ist sie eine Folge der jetzigen Einstellung. Auch in den Gewerkschaften müssen wir uns mit der Preis-erhöhung, der Steuerfrage usw. beschäftigen und überlegen, wie wir die Dinge anzufassen haben. Wir dürfen nicht bei dem offenen Brief oder bei den zehn Forderungen stehen bleiben, sondern wir müssen uns fragen, wie wir über die Propaganda hinauskommen.

Weder-Hamburg: Die allgemeine Preissteigerung ist nach dem Kapp-Zug das erste Ereignis, das die gesamte Arbeiterschaft auf einen Schlag trifft, und das müssen wir auch mit einem Schlag beantworten. Die Taktik der Unternehmer besteht darin, keine gemeinsame große Aktion des Proletariats entstehen zu lassen, sondern sie geteilt anzugreifen und zerteilt zu schlagen. Man hat von U.S.P. die Parole ausgegeben, die Löhne am 1. September zu kündigen. Das hat den günstigen Moment für uns, daß sogar die Gewerkschaften in große Lohnkämpfe treten müssen. Aber das Gefährliche daran ist, daß der Gewerkschaftsbund diese Kämpfe nicht einheitlich, sondern zersplittert wird führen wollen. Angesichts dieser Situation muß die Zentrale große Versammlungen vorbereiten und alle Arbeiter mobilisieren. Nach der Vorbereitung muß man an den U.S.P. die Frage stellen: Was akzentiert ihr gegen die Preissteigerung usw. zu tun? Wir schlagen euch eine einheitliche Bewegung der Arbeiter und Angehörigen um eine bestimmte Lohnerhöhung, um eine bestimmte Unterbrechung der Arbeitslosen vor. Dann muß man gleichzeitig an die U.S.P. und S.P. mit der Anforderung herantreten, unsere Forderungen beim U.S.P. zu unterstützen. Wenn wir diese Bewegung gut vorbereiten und durchführen, dann muß der U.S.P. nach drei Wochen entweder führen oder er wird sich vollkommen demaskieren.

Urban-Hamburg: Als die Frage der Organisation in der Märzaktion aufgeworfen wurde, entstand für uns die Frage: Wie vollzieht sich die Bewaffnung des Proletariats? Aber noch zwei andere Fragen sind für unseren Bezirk von großer Wichtigkeit. Es ist die Erfassung der Land- und Werftarbeiter. Bei den Kämpfen der Landarbeiter vermischt mit einer einheitlichen Zusammenarbeit aller Parteifunktionen, ja, sogar in einer Abteilung ist diese einheitliche Linie nicht vorhanden.

Genosse Urban schildert dann eingehend den Kampf der Landarbeiter. In Bezug auf die Werftarbeiter war die Aktion so eingeleitet, eine Bewegung aller Werftarbeiter anzukündigen. Wir haben eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz einberufen, auf dieser gelang es Dörmann, die Delegierten einzuspielen. Die Werftarbeiter selbst lehnten die Dörmannschen Vorschläge ab. Wir erwarten von der Partei, daß sie den Kampf der Landarbeiter, der jetzt überall in Pommern in Mägen usw. ausbricht, einheitlich führen wird, und daß es nicht so ist wie bei dem Landarbeiterstreik bei uns in Schleswig-Holstein, wo die Abteilung Land sich nur auf die Agitation beschränkt hat.

Wahler-Berlin: Wir Kommunisten haben alles zu tun, was geeignet ist, die Kluft zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu vergrößern, und alles zu unterlassen was dem entgegenarbeiten könnte. Und deshalb, weil ich es als wichtigste Aufgabe sehe, den proletarischen Koalitionsbrüchern den Boden zu entziehen. Als die Regierungskräfte in Sachsen ausbrach, fragten unsere Genossen: was tun? Die Zentrale sagte: Ja, stimmt gegen die Regierung. Ich war anderer Auffassung. Man mußte

der Regierung sagen: „Die und die durchführbaren Forderungen stellen wir euch, seid ihr bereit, in der und der Frist unsere Forderungen durchzuführen, dann sind wir bereit, euch zu unterliegen!“ Hätte die Regierung die Forderungen angenommen, dann hätte sie notwendigerweise in einen immer größeren Widerspruch zur Bourgeoisie kommen müssen, dann hätten die Massen praktisch gelernt, daß es nicht möglich ist, mit einem reaktionären Beamtenkörper, mit dem Parlament, parlamentarische Politik zu machen. Ich habe die Opposition gefragt: Was habt ihr gegen die Zentrale? Was habt ihr gegen den Malenkoff usw.? War die ganze Politik der Zentrale nicht so eingerichtet, um das Proletariat zu einigen? Aber die Opposition hat das überhaupt nicht gemerkt. Sie konnte nichts anderes tun als sagen: die Partei ist zugrunde gerichtet.

Alle die einzelnen Fragen, Preissteigerung usw., müssen in den Betrieben und Betriebsratversammlungen ausführlich besprochen werden. Ebenso in gewerkschaftlichen Konferenzen. Auch das ist sehr empfehlenswert.

Genosse Schmidt stellt bei der Gewerkschaftsfrage Gefahren, die nicht bestehen. Objektiv ist es wahr, daß sich eine gewisse Differenz herausbilden kann zwischen Gewerkschaftsfunktionen und der Partei. Aber was ist diese Tendenz auch nicht im geringsten begründet. Wir sind nicht dafür und werden dagegen auftreten, unsere Gewerkschaftsinstitutionen als gleichberechtigt mit der Partei anzufassen. Unsere Gewerkschaftsfunktionäre sind untergeordnet den Parteifunktionen. Wir haben auch immer gesagt, daß man nicht allein mit Propaganda etwas ausrichten kann, sondern wir müssen sprechen und Sachwalter in allen Lohnkämpfen der Arbeiterschaft sein.

Mayer-Berlin: Ich möchte über eine Aufgabe der Partei sprechen, über die noch gar nicht gesprochen ist, das ist die Hilfsaktion für Rußland. Diese hat verschiedene Seiten. Erstens hat sie eine politische Bedeutung. Es handelt sich sehr darum, daß man überhaupt eine Stimmung für Sowjetrußland erzeugt. Insofern hat diese Aktion schon einen erwünschten Erfolg gehabt, daß das ganze Proletariat, auch in Amerika und Frankreich, aufmerksam geworden ist auf die schwierige Lage Rußlands. Die andere Seite ist die praktische Hilfsleistung. Wir müssen sehen, daß wir Rußland nach Kräften helfen können, und zwar muß diese Hilfsaktion möglichst großzügig gestaltet werden. Es sind bisher viele Vorschläge in dieser Beziehung gemacht: Sammlungen, Pflichtbeiträge usw. Ich habe gehört, daß die Gewerkschaften Pflichtbeiträge von den Mitgliedern der Gewerkschaften verlangen wollen. Durch diese Sammlungen wäre uns die Möglichkeit gegeben, praktische Sachen für Rußland, wie Medikamente, Kleider, Wäsche, Schuhe, Maschinenteile, Schemen usw. einzukaufen. Das würde auch eine moralische Stärkung für die russischen Arbeiter bedeuten.

Kauler-Oberhausen bemängelt die Zersplitterung der Diskussion. Was die Beschlüsse des Dritten Kongresses betrifft, so geht aus ihnen trotz mancher Unklarheit hervor, daß die wirtschaftlichen Konflikte zu schüren, zu vertiefen und in Endkämpfe zusammenzufassen sind. Die U.S.P. versteht es noch nicht, die Einzelerscheinungen in Verbindung zu bringen mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Wir müssen von der Kontrolle der Produktion ansprechen. Die Partei und alle ihre Organe müssen bei allen Konflikten auf das Zentralproblem der Wiederherstellung der Produktion hinweisen. Bei dem verringerten technischen Apparat kann ohne wirklichen demokratischen Zentralismus die notwendige Arbeit nicht so durchgeführt werden als es notwendig ist.

Litzl-Stuttgart: Wir müssen an der Steuerfrage und der Preissteigerung anknüpfen. In Württemberg haben wir das getan und wir haben dadurch mit den Arbeitern Fühlung bekommen. Ebenso wichtig ist die Wohnungsfrage. Wenn wir darauf eingehen, werden wir Stimmung in den Massen erzeugen. Wir haben von der Zentrale verlangt, daß sie alle Betriebsräte zusammennimmt. Auch damit ist eine Möglichkeit gegeben, an die U.S.P. und S.P. Arbeiter heranzukommen. Ein Betriebsratskongreß ist nicht nur für die Gewerkschaften wichtig, sondern für die ganze Partei. Auch im Landtag müssen wir auf alle die wichtigen Fragen eingehen. Es müssen Anträge gestellt werden usw. Wenn wir so die Politik treiben, werden wir bald im Mittelpunkt stehen und die Arbeiterschaft wird Vertrauen zu uns gewinnen. Augenblicklich steht die Hilfsaktion für Rußland im Vordergrund. Sie soll keine Parteifaktion sein. Da sich aber die anderen Parteien gewickelt haben, müssen wir versuchen, die Arbeitermassen zu gewinnen.

Siebert-Sachsen: Wir hatten die Zentrale gebeten, zu entscheiden, wie wir uns zur Frage der sozialistischen Regierung und zur Steuerfrage stellen sollen. Die bürgerlichen Parteien brachten gegen die Regierung ein Mißtrauensvotum ein. Wir stimmten gegen dieses Mißtrauensvotum. Zur Frage der Grund- und Gewerbesteuer gaben wir eine Erklärung ab, daß wir bei Annahme unserer Währungsreform für die Gewerbesteuer stimmen würden. Im letzten Moment lehnten wir die Grundsteuer ab. Und da stellte sich heraus, daß die bürgerlichen Parteien bis zu den Unabhängigen sich geeinigt hatten, ihren Antrag abzusetzen und die Verhandlung darüber zu vertagen. Wir stimmten gegen die Vertagung, waren aber in der Minorität. Wir haben als Sachsen verlangt, daß die Frage auf der Parteitagung besprochen wird. (Fortf. f.)

Aber die drinnen standen schon einige Stunden. Es rührte sich nichts. Und die Menge schwoll an.

Der Sturm.

Die Menge schwoll ganz bedenklich an. Es waren schon viele Hundert Leute draußen vorm Revier. Viele wußten schon gar nicht mehr, worum es sich handelte. Gerüchte gingen, die von ganz anderen Dingen wußten wollten. Es zeigte sich auch von drinnen nichts. Kein Lebenszeichen kam als das Gölzen der Soldaten, die Schimären der Posten, die die Leute vom Bürgersteig trieben. Der Versuch, die Straße ruhig frei zu bekommen, war mißlungen. Der Aufforderung, auseinander zu gehen, war niemand nachgekommen. Sie hätten schon schreien müssen. Dazu traute sich der Offizier noch nicht. Vielleicht wurde die Aufregung noch größer. Er hatte auch keinen direkten Befehl.

So verging noch einige Zeit. In nächster Nachbarschaft war eine große Lampenfabrik, eine Leuchtstoff von mehr als 100 Mann. Das Geräusch war sehr nach oben gedrungen, daß auf der Straße was im Gange sei. Noch dachte man, es handelt sich um eine der üblichen Reaktionen. Es sind so viel Lampen bei dem Ausfall, hatte man berichtet. Der Arbeiter verachtete noch diejenigen, die ohne Obdach sind. Das muß der Mensch sich doch wenigstens schaffen können, sagen sie, eine billige Lösung.

Unten die Menge schwoll an. Einige gingen schon an zu drängen. Einzelne Pfiffe. Die Sirenen. Die Fenster wurden zugemacht. Das geschloß denn mit den Leuten, schrien welche. Sie sind doch in ihrem Recht. Laßt sie nur mich fragen. Die anderen Reden traten jetzt schon unruhig hin und her. Der Spieß wurde erast, was soll das. Niemand zeigte sich. Die Fenster sind dicht. Kein Laut.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten

Streik der Steinmetzen

Die Steinmetzen, Marmorarbeiter und Hilfsarbeiter stehen seit 4. August im Streik. Die Streikleitung fordert alle Arbeiter der verwandten Berufe auf, keine Streikarbeit zu leisten. Streikarbeit ist: Aufstellen und Verlegen von Denkmälern und Gräbern, sowie Abdecken von Gräbern und Grabstätten. Ebenfalls sollen Eisenbahner und Transportarbeiter das Ausladen von Grab- und Denkmalsteinen verweigern. Zentralverband der Steinmetzen Breslau.

Heuchler

Die „Volkswacht“ läßt sich von ihrem Berliner Mitarbeiter etwas über „Zerwege der Kommunistenbelämpfung“ erzählen. In geradezu schamloser Heuchelei wendet sich der Artikelschreiber gegen die Ausnahmegefesse, durch die unsere jugoslawischen Genossen von der Reaktion schikaniert werden. Da heißt es in der „Volkswacht“:

„Die Aberkennung von Mandaten zur Volkvertretung wegen einer bestimmten politischen Gesinnung ist in Deutschland niemals Wirklichkeit geworden.“

Der sozialdemokratische Artikelschreiber spekuliert auf das kurze Gedächtnis der Arbeiter. Diefem Heuchler muß aber die Apostelmaske vom Gesicht gerissen werden. Vergeblich bemühen sich die deutschen Sozialdemokraten, die deutsche Bourgeoisie reinzuwaschen und die deutsche Reaktion als sauberer hinzustellen, als die Reaktion irgendeines anderen Landes. Deutsche Sozialdemokraten sind es gewesen, die für die Aufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter gestimmt haben. In Hamburg haben die Sozialdemokraten als die stärkste Fraktion der Bürgerschaft dafür gestimmt, daß vier kommunistischen Abgeordneten, die während der Märztagge Hochverrat begangen haben sollten, die Immunität genommen wurde.

Das wird die deutsche Arbeiterschaft diesen „Arbeitervertretern“ nie vergessen. Die deutschen Sozialdemokraten haben keinen Grund, sich heute aufzublähen. Sie sind ebensolche Mittelschubige wie die Bourgeoisie selbst. Und tausendmal haben sie die Sache des Proletariats verraten und tausendmal der Reaktion erst den Weg gezeigt, wie sie es machen muß, um kommunistische Arbeiter niederzuknüppeln.

Warum in die Ferne schweifen, siehe das Schlechte liegt so nahe. Liebe „Volkswacht“, man braucht nicht erst Jugoslawien zu zitieren. Die deutsche Ebert-Republik ist ein hinlängender Sumpf von Vergewaltigung und Rechtsbrechung.

Die sozialdemokratischen Führer brauchen nicht heuchlerisch die Augen aufzuschlagen. Sie haben zu allermeist dazu beigetragen, daß die Reaktion heute so frech auftritt. Als es noch Zeit war, gegen die Reaktion anzukämpfen, da haben sie die Kommunisten im Stich gelassen. Und heute, da sich die Angriffe der Reaktion auch schon gegen Sozialdemokraten richten, stellen sich die alten Heuchler hin und schluchzen mit Wilhelm, dem sie vier Jahre lang die Kriegskredite bewilligten: „Wir haben es nicht gewollt.“ Wahrhaftig, eine solche Heuchelei ist nicht mehr zu überbieten.

Wie die Kockbachleute wütten

Jetzt fangen auch endlich die sozialdemokratischen Arbeiter an einzufahren, welche Suppe der gesamten Arbeiterschaft eingebracht worden ist, als auf Veranlassung sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer und mehrerer Artikel in der „Breslauer Volkswacht“ der „Selbstschutz“ nach Schlessen gerufen wurde.

Aber die Prophezeiungen der Kommunisten haben sich erfüllt. Der Selbstschutz ist zu einer Landplage geworden. Der General Hofer hat sich aus dem Staube gemacht und seine Getreuen haufen jetzt in Schlessen wie die Bandalen. Schlimmer können auch die Polen nicht wüten.

Zu einer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung in T r e b n i z wurde über das Treiben der Kockbachleute folgendes berichtet:

Während es seit vielen Monaten vollkommen ruhig im Kreise geworden war und die fortwährenden

Schleiferen, über die wir uns früher zu beklagen hatten, aufgehört haben, ist das nunmehr wieder anders geworden infolge des Auftretens dieser Leute. Es entwickelten sich regelrechte Straßenschlachten und Schlägereien, wobei festgestellt werden konnte, daß eine ganze Anzahl dieser angeblich unbewaffneten Landarbeiter mit Revolvern, Dolchen und Gummiknüppeln ausgestattet sind. Es wird auch behauptet, daß diese famosen Kockbachleute über Maschinengewehre und Gewehre verfügen, wenn sie auch so klug gewesen sind, diese nicht offen mit sich zu führen, sondern sie in sicherem Gewahrsam zu verstecken. Selbst mit Handgranaten ist schon gearbeitet worden, dabei wären zwei schuldblose Arbeiterfamilien beinahe in Lebensgefahr gekommen, vor deren Fenster die Handgranate explodierte und Sachschaden anrichtete. Die Herren Kockbacher behaupten nun zwar, daß nicht sie diese Handgranate geworfen hätten, sondern daß sie von einem aus der Arbeitsgemeinschaft Kockbach entlassenen früheren Selbstschutzmann, den der Kompanieführer Leutnant Klemm auf der Breslauer Straße verprügelt hatte, aus Rache gegen die Kockbach-Leute geworfen worden sei. Die Tätigkeit dieser Leute besteht am Tage im Spazierengehen ganzer Trupps nach dem Buchenwalde, dort provozieren sie das Publikum, speziell die Arbeiterschaft, durch Singen schöner Lieder wie: „Wir brauchen keine Judenrepublik“, Redensarten: „Wir werden euch schon zeigen, wer wir sind, euren Landrat werden wir noch durch die Straßen schleifen“.

Trotz dieser unerhörten Provokationen mahnen die sozialdemokratischen Führer noch immer zur Vorsicht und Ruhe. Sie vertrauen auf Verhandlungen mit den Behörden. Wochen sind ins Land gegangen und die Kockbachleute sind noch nicht aus Schlessen entfernt worden. Und sie werden auch nie entfernt werden durch Behörden oder durch diese Regierung. Das kann allein nur durch die Arbeiter geschehen. Die Volkswacht mag zähneklappernd sich vor den blutigen Zusammenstößen fürchten. Es gibt keinen andern Weg. Die Arbeiter müssen zur Selbsthilfe greifen. Wenn Arbeiterblut fließen sollte, dann kommt dieses Blut über diejenigen, die den Selbstschutz nach Schlessen gerufen und ihm noch bis vor kurzem das Wort geredet haben.

Grundfrage

Die Hitze hat sich besonders schwer auf die Gehirnlaster der bürgerlichen Zeitungsschreiber gelegt. In ihrem Drange, bei ihren jeweiligen Selbgebern gut angeschrieben zu sein, produzieren sie den sonderbarsten Mist.

Obenan stehen die von dem Baltikurer v. Loringhoven und seinem Anhang ausgehaltene „Schlesische Tagespost“, und die Zeitung derer vom alten Schrot und Korn, die konservative „Schlesische Zeitung“.

Die „Tagespost“ begrüßt unter der Überschrift: „Bemühtige Innenpolitik in Serbien“ die Ausnahmeverfügung der serbischen Regierung, die bei Todesstrafe jede kommunistische Propaganda verbietet. Diesen „Idealzustand“ hätten trotz der jetzt besonders in Schlessen wütenden Kommunistenverfolgung diese Banditen zu gern.

Diese reaktionären Gesinnungslumpen schreiben darüber, daß für 400 neue „Sowjetjüblinge“ in Berlin Wohnungen beschlagnahmt werden sollen: Diese bolschewistischen Elemente sollen die schlappen deutschen Kommunisten in ihrem Kampfe gegen die Ebertsche Republik der Proletariatsmörder vorantreiben. Diese dreigen Schreiberlein können ihre abgemessenen Dämme verhärtet in ihre unfauberen Nasen stecken. Ebert und seine Voltzeipizel werden schon sorgen, daß die russischen Konterrevolutionäre ruhig weiter das den russischen Arbeitern gestohlene Gold in den Bädern in trauter Gemeinschaft mit Lubendorff verbrassen können. Mit der gesamten menschewistischen „Arbeiterpresse“ berichten diese Gallunken schmunzelnd über Unterdrückungen kommunistischer Ehrenhändler. Diese sollen Hunderttausend zu ihren Gunsten verwandt haben, während feststeht, daß nach Prüfung der Kassenbelege selbst der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter die verhafteten Genossen freilassen mußte. Verleumde ruhig, etwas bleibt schon hängen. — Dieses Motto befohlen die Arbeiterverräter von der „Volkswacht“ bis

zur „Tagespost“. Ihnen allen ist die offene, unangenehme Kritik ein Dorn im Auge. Sind sich doch die sogenannten „linkstehenden Elemente“, die am Sonntag auf dem Schloßplatz gegen jeden Krieg demonstriert haben, einig, bei der Aufrollung der oberschlesischen Frage dem bedrängten Vaterlande zu Hilfe zu eilen. Diese nationale Arbeitsgemeinschaft wird sich im gegebenen Moment auf die revolutionären Arbeiter zu stützen versuchen. Deshalb ist mehr denn je notwendig die Erkenntnis, daß nur rücksichtsloser Kampf gegen ein System, das immer neue Konstellate zum Schaden der Arbeiterschaft heraufbeschwört, das Proletariat zum Siege führt.

Aus dem Waldenburger Revier.

Waldenburg. Wir hatten vorige Woche Gelegenheit genommen, das unwürdige Verhalten des alten „bewährten“ sozialdemokratischen Führers Schütz, des Herrn Landrates, zu entlarven. Schütz hat in einer von allen bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zur „internationalen“ Sozialdemokratie, zur Rettung Oberschlesiens abgehaltenen Demonstrationsversammlung bewiesen, daß er an alldeutscher Gesinnung hinter den deutschnationalen Verbrechnen nicht zurückgeht, daß er sie an gewissenloser Hege gegen das polnische und französische Volk noch zu überirumpfen versteht. Uns ist selbstverständlich die Person des Herrn Landrates nicht wichtig, wichtig ist uns nur, der Arbeiterschaft zu zeigen, welche widerwärtige Heuchler diese „Genossen“ sind, die erst am vorigen Sonntag vor Friedensliebe, Menschlichkeit und Humanität und Gerechtigkeit, überschäumten. Der Scheich ul Islam der Waldenburger Sozialdemokratie, der in Moral und Sittlichkeit machende Herr Chefredakteur Paul Lischer, benutzt die Gelegenheit, um gegen uns einen „geistreichen“ Artikel zu schreiben, in dem er, ein zweiter Vater Don Jose, jedes Wort ein Nachtopf, und zwar ein gefüllter, über uns herfällt. Besonders empört ist dieser feige Denunziant, der die Frechheit besitzt, sich auf Seine, der die Denunzianten nie leiden möchte, zu berufen, daß wir ihn und seinegleichen Verräter nennen. Wir haben keine Ursache, von dieser Charakteristik auch nur ein Wort zurückzunehmen. Im Gegenteil, wir klagen diese im Arbeiterverrat „bewährten“ Führer an. Täglich und stündlich betrügen sie die Arbeiterschaft. Lischer besitzt die Frechheit, immer die Führer und die sozialdemokratischen Arbeiter zu identifizieren. Wir erinnern die Herren von der Sandstraße nur an ihre schmähliche Haltung beim letzten Bergarbeiterstreik, wo sie als „Arbeiterzeitung“ den Kampf damit einleiteten, daß sie schrieben, die jungen Bergarbeiter verdienen zu viel, sie können sich an die Lüge des Sparens nicht gewöhnen. Ein Lischer nennt uns gelb. Er, der nie in seinem Leben eine Minute rot war. Wie lange werden sich die Waldenburger Arbeiter diese Lischer, Wendemut, die bezahlte Agenten der Grubenbarone sind, gefallen lassen. Wollen die Bergarbeiter, daß es ihnen mit Lischer und Wendemut genau so geht, wie in Hamburg den Seelenten mit ihrem bewährten monarchischen Führer Paul Müller, der 25 Jahre sozialdemokratischer Führer war?

Lebensmittelverteilung

I. Vom 11. August bis 23. August 1921. Ories auf Nährmittelmarke 246 und Zusatznährmittelmarke 56 (für Mütter).
II. Vom 10. bis 13. August 1921. Amerik. Weizenmehl auf Lebensmittelmarke T. 15.

Zuckermarken

dürfen vor Beginn des Gültigkeitsmonats, der jeder Marke aufgedruckt ist, keinesfalls belieft werden. Händler haben bei Zuwidderhandlungen die Entziehung des Zuckerhandels und Bestrafung zu gewärtigen.

Vom 15. August bis 21. August 1921 gilt der Brotmarkenstreifen Nr. 7, vom 22. August bis 28. August 1921 der Streifen mit der Nummer 8 aus dem Sammelbogen mit dem Werbeaufdruck der „Engelhardt-Bräuererei“.

Breslau, den 5. August. Stadtverteilungsstelle.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichstadt-Drucker, G. m. b. H. Berlin SW 48.

M. K.
Matthias-Kino
Matthias-Strasse 38
und Kolise-Strasse 9
Die am Wege sterben
5 Akte
Samson, sein eigener Mörder
6 Akte

Offene Beine
alte bözart. Geschwüre, Flechten, Krätze, Hautjucken gebe Kostunft über Heilung ganz ungenötigt, nur Rückmarke erwünscht.
Roland, Heiligenstadt (Eichsfeld) 3231
Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Einziges Sommerparieté in Breslau.
Leberflecke
Borzen bewährten radikal für immer unter Garantie. Sommer-iprophen, alle Gesichtsmitteln beiten. Kostunft ganz kostenlos, nur Rückmarke erwünscht.
Frau Kürschner, Hannover, Lägerstraße 56

Frankes Verlag G. m. b. H. Leipzig-Berlin

Neuerscheinungen
Taktik u. Organisation der revolutionären Offensive
Die Lehren der Märzaktion 146 Seiten - Mark 7.-
Hölz' Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft
gehalten vor dem Moabiter Sondergericht am 22. Juni 1921 in Berlin / Nach dem stenographischen Bericht / Mit einem Vorwort von Felix Halle / 29 Seiten / Mark 2.-

Die Internationale

Zeitschrift für Praxis u. Theorie des Marxismus
Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring
Jahrgang 3, Heft 10
Aus dem Inhalt:
Dr. Stern: Kommunistische Taktik / Sch.: Der Stenografenstreik
E. Ludwig: Das Ende des Kapitalismus / I. R.: Lage und Aufgaben der deutschen Landarbeiter / L. V.: Die sozialistische Partei (Ziel aus Frankreich) / St. Sz.: Die Wiedergutmachung
E. Braun: Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus

Preis des Heftes M. L.-
Zu beziehen durch
Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Blücherplatz 2
oder durch unsere Partei-Buchhandlung:
Kommunistische Bucherei, Breslau V, Grabowstr. 45

Breslau Kaiserbrücke
Telef. Ring 102
Wellenwähler
Zinkus Angelos
Heute
abend 7 1/2 Uhr
Eröffnung
Aus dem Spielplan:
3 Rostocks 3
4 Aregors 4
Talaschus
Torlarso
Freiheits-Dressuren
„Anders als die Andern“
2 Albertys
d. vomehm. Reiterpaar
Als Gast:
Herr Direktor
Strabburger Jr.
m. seinen Schulpferden
Gebrüder Kühn
und weitere
18 Sensationen
Wohlfühlort: am Rastoch Tel. R. 411.
9-5 Uhr und eine Stunde vor Beginn an im Zirkus. Telef. Ring 152.

SOEBEN ERSCHIEN:
N. LENIN:
Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjetrußlands
Preis Mk. 1.-
Zu beziehen durch die Kommunistische Bucherei, Breslau V, Grabowstr. 45.